

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 10.—15. Sept. 1500 000 M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 250 000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 300 000 M., auswärtige 350 000 M., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 250 000 M., für Reklamen 120 000 M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 214.

Donnerstag, 13. September 1923.

30. Jahrgang.

Stresemann für Verständigung!

Die Antwort an Poincaré.

III. Berlin, 12. September.

In der Presseabteilung der Reichsregierung fand heute abend auf Einladung ihres Leiters ein Empfang der Presse statt, zu der der Reichskanzler, die Reichsminister und eine größere Anzahl führender Persönlichkeiten erschienen waren.

Nach einer Begrüßungsansprache des Pressechefs Ralle ergriff der

Reichskanzler Dr. Stresemann

das Wort zu einer längeren Rede.

Nachdem der Kanzler eine Darstellung der Wirtschaft- und Finanzlage gegeben hatte, und insbesondere auf die Maßnahmen zu sprechen gekommen war, die getroffen worden sind, um dem Währungsverfall entgegenzutreten, fuhr er fort: Aber auch positive Mittel, wie die Errichtung einer Goldzinsbank, bringen diese Frage nicht zur Heilung. Offenheit ist besser als Illusion, und deshalb wollen wir es offen aussprechen:

Ohne Lösung des außerpolitischen Konfliktes ist die Finanzfrage nicht in Ordnung zu bringen,

der Verfall der Mark nicht aufzuhalten und eine wirtschaftliche Gesundung nicht herbeizuführen. Die Regierung hat sich vom ersten Tage ihres Amtsantritts an die Lösung des Ruhrkonfliktes zur Aufgabe gestellt. Es war klar, daß diese Lösung nicht allein durch die Fortsetzung des passiven Widerstandes erfolgen konnte. Auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno hat, wie er wiederholt versichert hat, niemals davon gesprochen, daß Verhandlungen über die Reparationsfrage, erst nach der Räumung des Ruhrgebietes erfolgen sollten. Ziel des passiven Widerstandes konnte nur sein, das Ruhrgebiet zu befreien. Von demselben Gesichtspunkt ausgehend hat die Regierung gehandelt. Sie würde sich das größte Verdienst erwerben, wenn sie dem Ruhrkonflikt soweit als möglich abkürzen könnte, aber die bisherige Fühlungsnahme zeigt zugleich die bestehenden Schwierigkeiten.

Für uns ist entscheidend die Frage der Souveränität über das Rheinland und die Wiedergewinnung der Freiheit des Ruhrgebietes.

Dafür sind wir bereit, reale Garantien zu geben. Der französische Ministerpräsident hat kürzlich in einer Rede ausgeführt, er zöge die positiven Sicherheiten, die Frankreich in der Hand habe, den schönsten theoretischen Rechten vor. Er beachtliche nicht, die Pfänder gegen allgemeine Garantien auszu-tauschen, und er hat weiter betont, daß die Garantien, die ich in Vorschlag gebracht hätte, zu den Hypotheken gehörten, die der Versailler Vertrag den Alliierten auf den gesamten Besitz des Reiches und der Länder gäbe. Nach dem Vertrage hätte für die Verbindlichkeiten Deutschlands das Vermögen des Reiches und der Länder. Was ich in meinen Darlegungen vorgeschlagen habe, betraf die unmittelbare

Heranziehung des privaten Besitzes

und geht deshalb in diesem Punkte über den Versailler Vertrag hinaus. Ebenso ist aber diese Heranziehung des privaten Besitzes ein realisierbares Pfand, während die Sicherheiten des Versailler Vertrages dies derzeit nicht sind. Die von mir vorgeschlagenen Hypotheken könnten als ein reales und mobiles Wertobjekt in eine Treuhandgesellschaft eingebracht werden, an deren Verwaltung die Reparationsgläubiger beteiligt werden könnten. Die Zinsen auf den Hypotheken würden der Treuhandgesellschaft zufließen und diese wäre in der Lage, auf Grund der Hypotheken und der Zinsenerträge durch die Ausgabe von Obligationen Anleihen aufzunehmen.

Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, auch Frankreich sofort in den Besitz größerer Zahlungen zu setzen, ebenso wie die Zinszahlungen in angemessener Zeit fließend zu machen wären. Eine derartige Leistung ist sicherlich kein theoretisches Recht und keine allgemeine Garantie, sondern eine reale Tatsache. Sie ist frei von jeder Zweideutigkeit, sie kann Frankreich in den Besitz von Zahlungen setzen, durch die die von französischer Seite aufgestellten Forderungen für die Räumung des Ruhrgebietes erfüllt wären. Sie bedingt zu ihrer Verwirklichung die

Wiederverfügung Deutschlands über das Ruhrgebiet und die Wiederherstellung seiner Souveränität über das Rheinland.

Sie ist geeignet, die Frage des passiven Widerstandes zu erledigen, wenn man uns die Sicherheit dafür gibt, daß auf Grund einer solchen Vereinbarung das Ruhrgebiet geräumt wird und im Rheinland die alten Rechte wieder hergestellt werden.

Gibt man uns die Sicherheit, daß jeder, der Rhein und Ruhr seine Heimat nennt, frei der Heimat wiedergegeben wird, so besteht kein Grund mehr dagegen, dieses große, empfindliche Wirtschaftsgebiet seiner alten Arbeitsfreudigkeit wieder zurückzugeben.

Ich hoffe auf die Möglichkeit einer solchen Regelung. Frankreich hat durch seinen Ministerpräsidenten wiederholt erklärt, daß es keine Annahmen heabsichtige, daß es nicht an der Ruhr zu bleiben gedenke. England befindet sich mit dieser Auffassung sicherlich in Übereinstimmung. Belgien würde die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse sicherlich begrüßen, und wir sind überzeugt davon, daß auch die Auffassung Italiens sich in derselben Richtung bewegen wird.

reich geschaffen werden kann, auf der sich eine solche Verständigung aufbauen läßt. Ob sie möglich ist, ist eine Frage, die ich nur vom deutschen Standpunkt aus beantworten kann, jedenfalls ist sie notwendig.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner letzten Rede hingewiesen auf die Art und Weise, in der einst nach dem Kriege 1870/71 die Verhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland wieder geregelt worden sind, und hat mir empfohlen, die Korrespondenz zwischen Thiers und dem Grafen Saint Vallier mit dem Generalfeldmarschall Manteuffel nachzulesen, um daraus Folgerungen für die deutsche Einstellung gegenüber dem Frankreich der Gegenwart zu ziehen. Mir ist diese Korrespondenz wohl bekannt, und ich darf darauf hinweisen, daß gerade diese Korrespondenz davon zeugt, daß Deutschland als okkupierende Macht nach einem gewonnenen Kriege sich sehr wohl bewußt war, daß ein friedliches Nebeneinanderwohnen im Verkehr der Nationen auch die Schonung berechtigter Empfindlichkeiten im Verkehr der Nationen in sich trägt. Graf Saint Vallier schreibt dem Ministerpräsidenten Thiers unter dem 2. März 1873, daß er mehr als jemals die Art und Weise des deutschen kommandierenden Generals Frankreich gegenüber loben müsse, der ihm von seiner Gesinnung mehr als eine Probe gegeben habe und der unter starkem Druck seine Truppen trotz gewisser Widerstände in Barackenlagern untergebracht hätte, um die französische Bevölkerung zu schonen. Dem deutschen Generalfeldmarschall gebrüht, wie Graf Saint Vallier in einem anderen Brief vom 23. September 1873 versichert, eine Seite aufrichtiger Dankbarkeit in den französischen Annalen.

Die Art der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen zwei Nationen nach einem furchtbaren Kriege tritt vielleicht noch mehr als in diesem Briefwechsel in den Memoiren des ersten Botschafters der französischen Republik in Berlin, de Contant-Biron, zutage, der fortgesetzt in der Lage ist, darüber zu berichten, wie sehr Deutschland sich bemühte der Periode des Krieges die Aera des Friedens folgen zu lassen. Bei der Antrittsaudienz des französischen Botschafters beim deutschen Kronprinzen fiel die Aeußerung: „Glücklicherweise ist der Krieg zu Ende. Jetzt gilt es, den Frieden zu erhalten.“ Man will den Frieden. So klingt es aus den Berichten des Botschafters nach Paris wieder, und von dem Fürsten Bismarck sagt Thiers in einem Briefe an den französischen Botschafter mit Recht, daß große Geister stets ein gewisses Maß von Gerechtigkeit besitzen, das bei gebotener Gelegenheit zutage tritt.“ Und wenige Tage darauf setzt er diesen Gedanken über die damalige Politik des deutschen Reichskanzlers fort mit den Worten: „Danken Sie Herrn von Bismarck, daß er auf unsere Wünsche eingegangen ist. Um zu tun, was er getan hat, mußte man den Preis im Auge haben, und dieser Preis ist errungen worden. Er besteht in der wesentlichen Beschwichtigung der nationalen Leidenschaften als der besten Garantie für den Frieden.“ Und ein letztes Zitat aus jener Zeit: Am 20. März 1873 schrieb der französische Minister des Aeußeren de Renou an seinen Botschafter in Berlin: „Wir werden nun, so weit es mir möglich ist, in unseren alltäglichen Beziehungen mit Preußen etwas Ruhe eintreten lassen und beweisen, was wir immer ausgesprochen haben, daß die Räumung des Gebietes erst den Frieden vollenden und befestigen werde. Die Okkupation ist, solange sie dauert, ein Bild des Krieges.“ Wenn heute unter anderen Verhältnissen Deutschland, das bereit ist, die Folgerungen aus einem verlorenen Kriege auf sich zu nehmen, dem Frankreich der Gegenwart gegenübersteht, so möchte ich wünschen, daß auch diejenigen Persönlichkeiten, in deren Hand heute mehr als das Gesicht Frankreichs liegt, von deren Entschlüssen die Ruhe und die Befriedigung Europas abhängt, sich von dem Gesichtspunkt leiten lassen mögen, daß es auch jetzt gilt, den Frieden zu wollen, den Frieden zu erhalten durch eine Politik der Gerechtigkeit, die geeignet ist, nationale Leidenschaften zu beschwichtigen und damit die Garantie für einen wirklichen Frieden zu geben.

Vor einer Kursänderung?

Belgische Anregung in Paris.

Paris, 13. September.

Wie hier verlautet, hat die belgische Regierung in Paris angeregt, die Wiederaufnahme der Lieferungen von Reparationskosten als gleichbedeutend mit der Einstellung der passiven Resistenz anzuerkennen, ohne daß ein offizieller Widerruf Berlins verlangt würde.

Paris erwartet eine deutsche Verhandlungsnote.

Paris, 13. September.

Die Begegnung Poincares mit Baldwin findet am 21. in Paris statt. Die Pariser Abendblätter kündigt an, daß eine deutsche Note, welche auf den gestrigen Erklärungen Stresemanns basiert, in zwei Tagen bei den Alliierten eintreffen werde.

Dollar 100 000 000.

Voraussetzungen der Außenpolitik.

Der Dollar wurde am Mittwoch mit 120 Millionen Papiermark bewertet, d. h. amtlich notiert, denn es lag wohl Nachfrage, die zumeist aus dem Westen Deutschlands herrührte, aber kein Angebot vor. Die Umsätze sind kaum nennenswert. Man sieht aus der Papiermark in die Effekten, in die Waren. Das ist das Ende der Reichsmark, die übrigens auch im Ausland an verschiedenen Plätzen seit Tagen nicht mehr notiert wird. Der deutsche Wechselkurs ist dazu ein interessanter Gegenstand theoretischer Erörterung geworden.

Börsenkrisen wirken sich immer in Warenkrisen aus. So auch jetzt. Der Warenumsatz hat sich in Deutschland reduziert, der Umschlag bis ins Unerträgliche verlangsamt. Der Export stößt. Die Preisbildung vollzieht sich nach Unterlagen, die äußerst willkürlich gewählt sind. Fabrikant und Kaufmann fürchten sich teilweise zu verkaufen, der Käufer kann die Preise kaum noch erschwingen. Um ein Bild zu gebrauchen: Es ist, wie wenn alle Uhren in Deutschland vernichtet wären und kein Mensch mehr wüßte, welche Zeit es ist. Die Dinge haben ihren Wertmesser verloren, das Ende der deutschen Mark scheint Wirtschaft und Staat aus den alten Fugen sprengen zu wollen. Auch den Staat. Für ihn ist immer eine schlechte Währung eine große Gefahr gewesen. Wirtschaftliche Grenzgebiete tendieren meistens nach dem Lande mit dem besseren Gelde und es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn im Rheinlande die Agitation mit der besseren rheinischen Mark nicht unbedeutliche Erfolge aufzuweisen hat.

Die Reichsregierung hat die Gefahren, die sich aus dem Zerfall der deutschen Währung naturnotwendig ergeben müssen, erkannt: Ein Staat ohne Währung, wie Deutschland ihn bereits heute darstellt, ist ein unmögliches Ding, ein Pulverfaß, das jeden Augenblick zur Entzündung kommen und die Anarchie auf dem Weltmarkte in den Staat hineintragen kann. Eine verschärfte Warenkrise muß die Produktion lähmen, die Ziffern der Arbeitslosen werden in die Millionen gehen. Den Ruf nach Unterhalt wird die Regierung nicht erfüllen können, denn die Inflationssteuer ist nicht mehr, weil die Papiermark nicht mehr ist und die Notpresse vollständig verfaßt. Das Chaos wäre da. Man will diese Gefahren vorläufig durch die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels bannen, durch eine Währungsreform vor allen Dingen auf die Wirtschaft einwirken, um den Wirtschaftskörper zu sanieren und so das ganze staatliche Leben einer Gesundung entgegenzuführen. Man plant ferner, für eine neue Währung psychologisch zu wirken und die Mark, die jedes Vertrauen im In- und Ausland verloren hat, durch ein Umlaufmittel zu ersetzen, dessen Einlösbarkeit garantiert ist und das Vertrauen, das sie unbedingt haben muß, erringt.

Wir sind uns klar darüber, daß Währungsreformen nicht leicht über Nacht zu erledigen sind, aber die Regierung sollte schließlich auch nicht verkennen, daß in Anbetracht der sich steigenden Repudiation jene Pläne, die auf längere Sicht in Aussicht genommen waren, eine schnellere Verwirklichung erfahren müssen. Schon mit Rücksicht auf den Abbau des Ruhrkonfliktes muß vor allen Dingen versucht werden, innenpolitisch eine Basis zu schaffen, die jenen Zustand vermeiden hilft, der Deutschland vor dem Sturze Cunos fast erschüttern ließ. Wir brauchen nicht nur eine Goldnote für die Wirtschaft, sondern ein allgemeines wertbeständiges Zahlungsmittel, an das sich die Arbeiterschaft, das Gros der deutschen Bevölkerung in der sich steigenden Not ebenfalls anklammern kann, wir bedürfen der vollendeten Goldwährung. Wir wissen, daß die maßgebenden Stellen innerhalb der Regierung gegen eine sofortige Durchführung dieses Gedankens gewisse Bedenken hegen, aber wir sind dennoch der Auffassung, daß sie möglich ist und möglich sein muß, angesichts dessen, daß wir auf dem besten Wege zu chaotischen Zuständen sind. Kommen wir nicht schnell zu einem wertbeständigen Zahlungsmittel für jedermann, dann können wir uns nichts anderes vorstellen, als daß die Entwidlung wirtschaftlich und politisch auch über das Kabinett Stresemann hinweggeht. Heute schon macht die Privatwirtschaft in Industrie und Handel im allgemeinen aus Gründen der Existenzsicherheit die ersten Schritte zur vollkommenen Loslösung von der Mark. Es wird nicht nur nach Devisen kalkuliert, sondern es werden auch Devisen zur Bezahlung gefordert. Wie lange wird es noch dauern und die Massen auf der Straße machen sich diese Forderungen notgedrungen für ihre Person zu eigen, um leben zu können? Selbst staatlicher Zwang zur Aufrechterhaltung der Papierwährung kann diese Entwicklung so lange nicht aufhalten, wie die Markentwertung fortschreitet, er vermag viel eher zur Schließung der Läden, zur Verweigerung des Verkaufes der wichtigen Waren zu führen. Das ist das Chaos!

Wir sagen deshalb: Es ist die allerhöchste Zeit, daß diese Entwicklung schnell in geordnete und erträgliche Bahnen gelenkt wird, soweit das möglich ist. Aus Gründen der

Waffenpolitik ist vor allem ein derartiger Versuch notwendig, denn nur durch Wahrung der inneren Ruhe und Ordnung kann die Uebergangszeit vom Ruhrkonflikt zur Wiederaufnahme der normalen deutschen Wirtschaft ohne allzu schwere Dauerbeschädigungen gefunden und gefestigt werden. Ohne eine wirkliche wertbeständige Währung ist das u. G. nicht möglich, wobei wir uns klar darüber sind, daß bei der Verwirklichung dieses Gedankens unangenehme Folgewirkungen in Kauf genommen werden müssen.

Zum Sturz der thüringischen Arbeiterregierung.

Genügt den Kommunisten die Lehre von Strelitz nicht?

SPD. Weimar, 12. September. (Eig. Drahtber.)

Der Verfassungsausschuß des thüringischen Landtages hat am Mittwoch beschließen, die nächste Sitzung am kommenden Mittwoch, dem 19. September abzuhalten. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Neuwahl der Regierung und zweitens „Aufhebung des Landtages“. Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß in Anbetracht der schwierigen Gesamtlage eine Auflösung des Landtages nach Möglichkeit vermieden werden soll. Ob es gelingt, zur Neuwahl der Regierung zu schreiten, steht vorläufig noch im Zweifel. Unsere Genossen haben inzwischen mit der kommunistischen Partei Thüringens Fühlung genommen. Bezirksvorstand und Landtagsfraktion zitierten inzwischen folgenden Aufruf an die arbeitende Bevölkerung Thüringens und die Mitglieder der Partei: „Die sozialdemokratische Regierung Thüringens ist gestürzt. Am 11. September, zwei Jahre nach der Wahl der Arbeitermehrheit, haben Deutschnationale, Kommunisten, Landbund, Volkspartei und Demokraten in gemeinsamer Abstimmung mit 30 gegen 22 sozialdemokratische Stimmen der Regierung das Mißtrauen ausgesprochen. Zwei Jahre tobte der Kampf aller bürgerlichen Parteien gegen die Regierung. Alle grundlegenden Gesetze für einen freiheitlich-demokratischen Aufbau Thüringens mußten gegen die geschlossene Front der bürgerlichen Fraktionen durchgekämpft werden. Alle Verwaltungsmassnahmen der Regierung ließen im Landtage, in der Presse und der Öffentlichkeit auf den heftigsten Widerstand des Bürgertums, Rücktrittsforderungen an die Regierung nach den Kommunalwahlen, Anträge auf Auflösung des Landtages im Zusammenhang damit, Mißtrauensanträge gegen den Innen- und den Volksbildungsminister haben nicht vermocht, das Ziel, die Regierung zu beiseitigen, zu erreichen. Um die Regierung zu stürzen, schreckten die bürgerlichen Parteien nicht vor dem Versuch zurück, einzelne Gebietsteile Thüringens loszureißen — zum Volkseigentum waren sie zu ohnmächtig — und das Kabinett des Unglücks des Herrn Cuno zur Reichsregierung gegen Thüringen aufzufordern.“

Was Demokraten, Monarchisten und Faschisten nicht allein erreichten, wurde ihnen durch die Kommunisten möglich. Seit Monaten wurde die thüringische Arbeiterregierung auch durch die Kommunisten aufs schärfste bekämpft. Anstatt den sich immer mehr steigenden Kampf der bürgerlichen Parteien in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie abzuwehren, versuchten die Kommunisten durch wechselnde Angriffe auf die einzelnen Minister, die in der kommunistischen Presse durch eine Flut von Verleumdungen besonders unverantwortlicher Elemente begleitet waren, die Regierung zu zerbrechen. Trotzdem war die Vereingigte Sozialdemokratie bereit, mit den Kommunisten im Interesse der Arbeiterklasse weiter zusammenzuarbeiten. Schon einmal drohte die gemeinsame Arbeit zusammenzubrechen, als die Kommunisten, gezwungen von Moskau, Forderungen stellten, die eine selbständige Partei nicht erfüllen konnte. Auf Grund eingehender Vorschläge der Sozialdemokratie wurde im Mai und Juni ds. Js. wochenlang mit den Kommunisten verhandelt. Die Kommunisten wollten keine Verständigung. Sie beachteten in die letzte mündliche Verhandlung eine fertige schriftliche Abgabe mit. Ihre Abstimmung vom 11. September ist das offene Bekenntnis des damals schon begonnenen Arbeitererrats. Unbeteiligt das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse und das Wohl des Volkes im Auge, setzte die sozialdemokratische Regierung ihre Tätigkeit fort. In rastloser Arbeit schaffte sie die Grundlage für eine freiheitliche Selbstverwaltung der Gemeinden und für eine moderne Erziehung, geknüpft von einer öffentlichen Wohlfahrtspflege, begründete eine gemeinwirtschaftliche Ausnutzung der Energiequellen des Landes, seiner Forsten und Domänen und milderte durch eine weitgehende

Anwendung des Beurlaubungsrechts die Ausmüde der Justiz. Voraussetzung ihrer Tätigkeit war ein starker Schutz der Republik. Wir wissen, daß trotz dieser Maßnahmen die Not größer und größer geworden ist, wir wissen aber auch, daß unsere Genossen in der Regierung das Menschenmögliche getan haben, um diese Not zu lindern. Unablässig wirkten sie auf die Reichsregierung ein, den Ruhrkampf zu beenden und verlangten, die durch den Ruhrkampf vermehrte Not — vor allem bei den Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern — zu beseitigen. Von den Kommunisten hängt es jetzt ab, ob Thüringen eine neue Regierung erhält, die wie die bisherige eine Regierung des arbeitenden Volkes bleibt. Die bürgerlichen Parteien haben den Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt. Weigern sich die Kommunisten, verfassungsmäßig eine Arbeiterregierung zu bilden, so sind neue Wahlen unvermeidlich.“

Bayern und die Reichssteuern.

München, 10. September.

Die Korrespondenz Hoffmann schreibt: Die bayrische Staatsregierung trat mit den Führern der Koalitionsparteien des bayerischen Landtages in Verbindung bezüglich der neuen Reichssteuern, ihrer Gestaltung und Auswirkung. Bei diesen Besprechungen wurden eine Reihe von Anregungen geltend gemacht, die hinsichtlich der Durchführung und weiteren Gestaltung der Steuern unverzüglich an die Reichsregierung zu bringen sind. Die bayrische Regierung erklärte sich bereit, diese Anregungen in Berlin mit allem Nachdruck im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft zu vertreten. Im einzelnen soll verlangt werden:

1. Unverzögliche Prüfung, ob die neuen Steuern für alle Teile der Wirtschaft gleichmäßig tragbar sind; soweit eine Gefährdung einzelner Berufskreise nachweisbar gegeben ist, muß entsprechende Milderung oder Abmilderung der Steuern herbeigeführt werden.
2. Die in den Steuergesetzen und Vollzugsvorschriften festgelegten Termine sind soweit auseinander zu ziehen, als eine ordnungsgemäße Einhebung und Aufbringung der Steuern dies gerechtfertigt erscheinen läßt.
3. Stundungen und Steuernachlässe sind zur Abwendung untrüglicher Härten von den Vollzugsbehörden zuzulassen.
4. Die weitgehenden Befugnisse des Reichsfinanzministers sind auf das notwendigste Maß zurückzuführen.
5. Im Vollzug der Steuergesetze muß die Verpflichtung des Steuerpflichtigen, seine Steuern selbst zu berechnen, restlos befristet werden.
6. Dem Reichsrat muß künftighin bei der Beratung und vor der Verabschiedung so tief einschneidender Steuergesetze das verfassungsmäßige Recht der Mitberatung unverfügt zugehalten werden.
7. Es muß endlich im Interesse der Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit verlangt werden, daß alle Schichten der Bevölkerung nach dem Grade der Leistungsfähigkeit nicht bloß mit Vermögensabgaben, sondern auch in der Erhöhung der Arbeitsleistungen nach Zeit und Qualität herangezogen werden.
8. Wo Fehler in der Einkommensteueranlage des Vorjahres sind, müssen sie berichtigt werden.
9. Weiter ist unbedingt notwendig, daß 9. das Vielfache aller möglichen Reichssteuern aufgehört. An die Stelle dieses Vielfachen sind einige große Steuern zu legen, deren Zahlung an festen, der Geldbewertung entsprechend kurz zu bemessenden Termimen regelmäßig festzusetzen hat. Die Grundlage hierfür haben die Besteuerung des Reineinkommens und die Zusatzsteuer für den Besitz zu bilden.
10. Die Länder und Gemeinden müssen sobald als möglich durch Ueberlassung der Einkommensteuer finanziell selbständiger gemacht werden.
11. Der starke Verbrauch an Steuergeldern muß so rasch als möglich mit allem Nachdruck eingedämmt werden durch Eindämmung der überflüssigen, nicht vollbeschäftigten Stellen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden.

Polens Geldnöte.

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Die polnische Presse ist seit einiger Zeit voll von Gerüchten über den bevorstehenden Abschluß einer großen englischen oder amerikanischen Auslandsanleihe. Tatsächlich haben auch in Warschau und außerhalb Polens Verhandlungen

über eine derartige Anleihe stattgefunden. Perfekt ist sie jedoch offenbar noch nicht.

An und für sich wäre Polen wohl imstande, die Last einer Auslandsanleihe zu tragen. Polen hat nach Beendigung des Krieges so viele Reichtümer durch die Entente erhalten, z. B. Oberschlesien, oder sich widerrechtlich angeeignet, z. B. die ostgalizischen Pektroleumgebiete, daß es in Verbindung mit seiner agrarischen Ueberproduktion schon jetzt eine aktive Handelsbilanz, d. h. einen Ausfuhrüberschuß erzielt hat. Aber zwei Umstände erschweren Polen die Bedingungen einer Auslandsanleihe: Seine bisherige Verschuldung und seine Außenpolitik. Polen hat noch vor Kriegsende durch die Aufstellung von Truppeneinheiten auf Seiten der Entente erhebliche Schulden vor allem bei den Vereinigten Staaten und bei Frankreich aufgenommen, die eine Milliarde Schweizer Franken übersteigen und von deren Tilgung kaum etwas zu hören ist. Erheblich erhöht haben sich diese Auslandsanleihe durch französische Rüstungsdarlehen, die Polen überdies durch seine politische Abhängigkeit von Frankreich teuer erkauft muß. Würde Polen nun eine auf friedlichen Aufbau gerichtete Politik treiben, so wäre es trotz dieser Belastung wohl in der Lage, sein Budget und seine Währung zu ordnen. Daran denkt es aber gerade unter seiner gegenwärtigen Regierung weniger als je. Vor wenigen Monaten hat diese Regierung die Beziehungen Polens zu den Mitteleuropäischen Staaten gelockert, den erstrebten Anschluß an die kleine Entente verfehlt, Spannungen gegenüber Danzig und dem Deutschen Reich hervorgezogen und sich vor internationalen Instanzen empfindliche Niederlagen geholt. Die innerpolitischen Parteikämpfe sind heftiger als je. Die das Land wirtschaftlich schädigende Entdeutschungspolitik verschlingt Milliarden, und auch der Kampf gegen die oppositionelle Linke geht nicht nur auf Kosten der eigentlichen Staatsaufgaben, sondern zum Teil auch direkt aus dem Staatsäckel. Blinder Chauvinismus und die Instruktionen aus Paris verhindern eine wirtschaftliche deutsch-polnische Annäherung, die für Polen ein Segen wäre.

Es ist begreiflich, wenn das Ausland unter solchen Umständen reale Pfänder für eine Anleihe verlangt, die Polen zweifellos nicht zu geben brauchte, wenn seine Politik mehr Vertrauen einflößen würde. Welcher Art diese Pfänder sein werden, ist noch nicht genau bekannt. Zölle und Monopole werden wohl herhalten müssen. Die oppositionelle Presse wirft der Regierung aber jetzt schon einen „Ausverkauf Polens“ an das Ausland vor. Kommt die Anleihe zustande, was nicht ausgeschlossen erscheint, so bleibt abzuwarten, ob sie Polen nicht außer wirtschaftlichen Lasten auch politische Hemmungen auferlegt. England z. B. würde eine solche Machtposition in Polen wohl nicht ungenutzt lassen, um Frankreich auch in dieser seiner Domäne Schwierigkeiten zu bereiten.

Der Wiederaufbau von Tokio.

Meldungen aus Japan zufolge gehen die Aufräumungsarbeiten im Hafen von Yokohama sehr langsam voran. Der Wiederaufbau Tokios wird, wie man glaubt, viel rascher erfolgen. Die Wasserleitungen sind bereits wiederhergestellt und die Einwohner mit den allernotwendigsten Lebensmitteln versehen. Die Obdachlosen leiden sehr unter den starken Regengüssen.

„Times“ erfährt aus Osaka, daß laut einer Mitteilung des Magistrats von Tokio bis jetzt insgesamt 84 114 Leichen in den Straßen aufgefunden wurden. Aus Furcht vor Pestgefahr beschleunigt man außerordentlich die Einäscherungsarbeiten. Jeden Tag werden ungefähr 4000 Leichen in den Einäscherungsöfen von Honjo verbrannt. In die Nationalhilfskassen sind bis jetzt 20 Millionen Yen eingezahlt worden. Die Eisenbahnlinien sind nahezu völlig wiederhergestellt.

Die japanischen Versicherungsgesellschaften haben beschlossen, restlos die Beträge für den während des Erdbebens angerichteten Schaden ausbezahlen, ohne sich die besonderen Klauseln über Erdbebenschaden zunutze zu machen. Die Banken beanspruchen von der Regierung einen Vorschuß in Höhe von 1800 Millionen Yen, um die Finanzlage zu sichern.

Auswandern?

Nur zwei Berufsrichtungen können mit Aussicht auf Erfolg aus Deutschland nach Südamerika auswandern: Handwerker und Landwirte. Diese ganz allgemeine Feststellung muß jedoch eingeschränkt werden. Es dürfen nur gesunde, widerstandsfähige, nüchterne und tüchtige Handwerker daran denken, in Südamerika tätig zu sein. Wer nicht über genügende eigene Mittel verfügt, um sich eine Zeitlang dort draußen über Wasser halten zu können, ist in den meisten Fällen reingewaschen verloren. Sie finden dort ganz andere Verhältnisse, auch in bezug auf Ernährung, Wohnung, Arbeitszeit, Arbeitsraum und auf das Leben in den freien Stunden. Soziale Fürsorge gibt es draußen nicht. Auch keine Hilfsorganisation. Jeder ist auf sich angewiesen und muß sich selbst vor Ausbeutung durch unehrliche Landbesitzer hüten. Keulunge, „Crucigos“ genannt, werden stets ausgeübt. Auch im häuslichen Betrieb werden Arbeitnehmer oft auch aus Mangel an barem Gelde monatlang nicht bezahlt und müssen auf Gesundheit höchst unvorteilhaft leben. Dennoch sind deutsche Handwerker in Argentinien und auch in Brasilien zu Wohlstand gekommen. In Sao Paulo gibt es beispielsweise im Stadtviertel der Rue Yohigenia einige hundert gutgehende Geschäfte mit ansehnlichen Einnahmen, die deutschen Geschäftswelt gehören. Spezialisten Brasilianer haben ihnen durch Darlehen solche Selbständigkeit ermöglicht. Das ist aber heute nicht mehr zu erwarten. In Chile einzuwandern ist für Handwerker gewagt. Den Wettbewerb mit den unglücklich gelangenen Kleinrentnerarbeiten aus Portugal, Spanien, Italien, Dänemark und Syrien halten Deutsche nicht aus. Wer heute nach Argentinien oder Brasilien auswandern will, muß viele Millionen Mark für Ueberfahrt im Zwischendeck bezahlen. Dies Zwischendeck ist eine gar eingerichtete dritte Klasse, was aber nur für die Schiffe der Hapag, des Norddeutschen Lloyd und der Südamerikanische gilt. „Hinterarbeiten“ kann man sich aus mancherlei Gründen nicht. Draußen erhält jeder Arbeitswille zunächst freie Verpflegung und Unterkunft in einem der häuslichen Einwandernsheimen, „Hotels de Inmigracion“, bis er Verdienst gefunden hat. Natürlich muß er sich dabei auch mit Hausarbeit begnügen oder sich im Innern des Landes nach Beschäftigung umsehen. Beschäftigt und Gehaltsbeförderung bis zum Arbeitsort ist frei.

In Argentinien.

Für Landwirte in Argentinien nicht das reiche Auswandererziel. Als Kuevia, Buenos, verdienen sie nur großen „Chapas“ bei harter Arbeit, bei schlechter Verpflegung und noch schlechterer Unterkunft nicht genug für die sonstigen Lebensbedürfnisse. Als Einzelarbeiter halten Deutsche in freierem Gewerbe meist nicht aus und können nicht die individuellen Gehaltsarbeiten machen. Auch das bayerische Leben als Kleinrentner auf einer argentinischen Chacra lohnt sich nicht, da die Argentinier aus man-

nigfacher Ursache keine Seltenheiten sind. Nach einigen Jahren fliehen zum Beispiel hat solcher Kleinrentner meist keine Ersparnisse angehäuft und muß kettelarm wieder fortziehen. Wirklich guter argentinischer Kulturboden ist längst in jeder Hand, und Landbau zum billigen Preis ist nur noch auf neuerlichstem Gebiet möglich. Gemeinnützige Kolonisten bemühen sich, solche Zonen im Tal des Rio Negro und im argentinischen Urwald, im Chaco, zu beschaffen. Es ist aber ein Agniss, sich dort niederzulassen, wenn man Verfall, im Ueberfließungsstand, in der Nähe von Sümpfen und an der Hoheitsgrenze feindseliger Indianer. Auch Chile kommt für dauerliche Niederlassung nicht in Betracht. Die dort im Süden in Valdivia von Bauern aus der Gifel 1850 gegründeten Siedlungen stehen zwar in höchster Blüte und sind heute die Heimat von 1800 recht wohlhabenden Bauernfamilien. Der aber dort noch verfügbare oder freierwerbende Boden ist für Kinder und Enkel der Eingewanderten bestimmt, die ja auch leben wollen. Urwaldgebiet wird in Chile vorerst nicht erschlossen, da die Regierung für solche Kulturzwecke kein Geld hat.

Brasilien.

Das eigentliche Auswanderungsland für Bauern kann nur Brasilien sein. Arbeitskräfte für Landwirtschaft nimmt man dort gern auf und vergütet den zu solchen Zweck gekommenen Familien bei erfolgreichem Bemühen nach Jahresfrist alle Kosten der Auswanderung gemäß bundesgesetzlicher Bestimmung. Der Weg zum Erlöse des Einwandereins liegt körperliche Eignung, Gesundheit, mittleres Lebensalter, Laistart, äußerliche Gemüthsart, Beizicht auf alle Kulturannehmlichkeiten voraus. Auch muß der Einwandere verheiratet sein, weil er nicht neben der Arbeit auch lochen und wahren kann. Die beste Schule für die Anfänger ist Arbeitsleistung auf einer Kaffeepflanzung, wobei Frau und Kinder helfen müssen. Hier lebt man sich am besten in die Verhältnisse ein, lernt Sitte und Sprache und eripart bei freier Lebenshaltung den größten Teil des baren Lohnes, mit dem man bald hundert Hektar Eigenland erwerben kann. Dazu ist Gelegenheit genug in den südbrasilianischen Staaten Parana und Santa Catarina sowie in der Urwaldzone des hochentwickelten Bundesstaates. Wie hat das Dasein eines Kolonisten tatsächlich aber zu charakterisiert am besten

ein kleines Stammbild

aus dem Urwaldgebiet von Aracaba, das die Deutschbrasilianische Landbesitzergesellschaft Hofer u. Co. 1920 mit außerordentlichen Geldopfern und vielem guten Willen erschloß. Im ersten Raum auf dürrigen Bogen, ohne jede Bequemlichkeit und rechten Gehweg nur Kalle, Kasse und friedlichem Getier, haben da die ersten Kolonisten. Keil vier Familien in einer elenden Hütte, deren dunkles Innere nur angehängte Stöcke teilen. Ohne Tisch und Bett, mit einer Kiste, die als Tisch dient, und einer Decke, der das Kopf, Kopf und Oberkörper ist, leben sie kümmerlich als wandernde Jäger. Bodenlos liegen

sie daselbst zerrissene Hemd, das gleiche zusammengestülpte Gewand, die schon ganz verbrauchten Schuhe, und können sich nicht helfen, weil ihre verachtete Habe noch immer unterwegs ist. Bis es besser kommt, trösten sie sich mit Zukunftsträumen, bauen in Gedanken schmucke Holzhäuser im Schweizer-Stil, legen in der Phantasie blühende Gemüsegärten und prächtige Blumenbeete an, erdichten sich mastergütliche Weiereten, rechnen sich große Gewinne aus geplanter Schweinefleisch- und Hühnerzucht aus, betreiben in der Einbildung ertragreiche Sägewerke, Reis- und Maismühlen mit billiger Wasserkraft, oder sehen sich auch schon als wohlhabende Postagenten oder Bürgermeister und Gemeinderäte der künftigen Ortschaft.“

Nur wenige dieser ersten Kolonisten haben schließlich durchgehalten, die meisten zogen in die Städte zurück. Einige erlitten die Malaria, die kaum einen verschont. Am besten haben sich dort die Deutschbrasilianer bewährt, die von Haus aus tüchtige Handwerker und Landwirte waren. Auch hier muß wieder betont werden, daß es Sache des einzelnen ist, ob er vorwärts kommt. Manche erreichen nie etwas unter der Autorität anderer, und es kommt deshalb sehr oft auf die Leitung einer Kolonie an. Die hohe Entwicklung der Schweizer Siedlung „Helvetia“ in Campinas in Brasilien und die Kolonien deutscher Bauernschaft in den südbrasilianischen Staaten in Rio do Sul beweisen das genügend. Schließlich muß noch eins gesagt werden: Auswanderung bedeutet ein Loslösen vom heimatischen Boden, so sehr die Erinnerung an ihn im einzelnen Menschen auch fortleben mag. (Aus dem „Vorwärts“).

Kontret und Kontav. Hermann Helmholtz wurde einmal in einer Berliner Gesellschaft einer Dame vorgestellt, die, hoch erfreut, die Bekanntschaft des berühmten Gelehrten zu machen, sich bemühte, ihm gegenüber ihre Vertrautheit mit seinen Werken und ihr Verständnis für diese geltend zu machen. Sie sprach von seinem neuesten Werk, in das sie, wohl in Erwartung des Zusammenstehens, hineingeschaut hatte, und sagte: „Oh, Herr Helmholtz, ich habe alles darin verstanden; nur der Unterschied zwischen Kontret und Kontav ist mir nicht ganz klar geworden; aber vielleicht haben Sie die Liebenswürdigkeit, ihn mir in wenigen Worten zu erklären.“ — „Das ist allerdings ziemlich schwierig, meine Gnädige“, antwortete Helmholtz, „aber vielleicht gelingt es mir, Ihnen den Unterschied an einem Beispiel klarzumachen. Sehen Sie, die beiden Begriffe sind etwa ebenso verschieden, wie Kontret und Kontav.“ — Die Dame mit dem großen physikalischen Verständnis dankte befriedigt für die treffende und anschauliche Erklärung; nachher dümmerte ihr aber, daß sie aufgelesen worden war, und vertrieb es später, wenn sie mit Helmholtz in Gesellschaft zusammentrat, angestrebt, ihm ihre geistreiche Unterhaltung aufzubringen.

Demokratie und Diktatur.

„Diktatorische Maßnahmen“ sind von der Regierung gefordert und von ihr in Aussicht gestellt worden. Man spricht von einem Wirtschaftsdiktator, einem Währungsdiktator, einem Devisendiktator, und meint damit die Einsetzung von Behörden mit außerordentlichen Vollmachten, die ohne viel bürokratische und parlamentarische Umständlichkeiten das Notwendige verfügen und durchführen. In der Bedrängnis, in der sich Staat und Volk befinden, ruft jedermann nach einer starken Hand. Selbst Härten, die mit einem strengen Regime verbunden sind, werden in solchen Zeiten der Not lieber ertragen als das Gefühl, daß alles willen- und ratlos ins Verderben gleitet.

Von den grundsätzlichen Anhängern der Diktatur rechts und links sind diese Erscheinungen zum Anlaß genommen worden, die Diskussion über die alte Streitfrage Demokratie oder Diktatur neu anzuspinnen. In dem allgemeinen Ruf nach diktatorischen Maßnahmen erblicken sie eine Bestätigung ihrer eigenen Auffassungen und ein Vorzeichen für ihren endgültigen Triumph. Wobei zu bemerken ist, daß die Ablehnung der äußersten Rechten und der äußersten Linken in dem Verlangen nach der Diktatur sich zunächst nur auf das Formale bezieht, da ja jeder mit dem gleichen Mittel verschiedene Zwecke erreichen will. (Von dem sehr interessanten, aber noch nicht vollständig geklärten Versuch, sich auf nationalbolshewistische Grundlage auch über das Materielle zu einigen, sei in diesem Zusammenhang abgesehen.)

Bedeutet nun das gegenwärtige Regierungssystem mit seinem Willen zu raschen und energisch durchzuführenden „diktatorischen“ Maßnahmen wirklich ein Zugeständnis an die Auffassungen der extremen Diktaturanhänger? Diese Frage kann nur der bejahen, der gewöhnt ist, mit Worten zu spielen, ohne mit ihnen klare Begriffe zu verbinden, und der vergessen hat, was der Ausgangspunkt der früher so lebhaft geführten Debatte über Demokratie und Diktatur gewesen ist.

In jener Debatte war man wenigstens darüber einig, daß unter Diktatur die auf Gewalt gestützte Herrschaft einer Minderheit zu verstehen sei. Dadurch war erst der klare begriffliche Gegensatz zur Demokratie gegeben, die sich grundsätzlich auf eine verfassungsmäßig festgestellte Volksmehrheit stützt. Niemals aber ist behauptet worden, daß eine Regierung, hinter der eine solche Volksmehrheit steht, daran als „demokratisch“ zu erkennen sei, daß sie weniger entschieden ihren Willen zur Geltung bringe, als eine Minderheitsregierung, die sich lediglich auf Gewalt stützt.

Die gegenwärtige Reichsregierung hat ihre Legitimation erhalten durch die allgemeinen Volkswahlen, aus denen der Reichstag von 1920 hervorging. Eine gewaltige Mehrheit der damals gewählten Vertreter hat sich unter dem Druck der ungeheuren Not und Gefahr zusammengefunden, um eine Regierung zu bilden, die den Versuch unternimmt, Volk und Staat aus einer fast hoffnungslos gewordenen Lage zu retten. Die gegenwärtige Reichsregierung ist also ihrer Entstehung nach das Gegenteil einer Diktaturregierung, wie sie in Rußland und in Italien durch Einwirkung der Gewalt im Gegensatz zu einem verfassungsmäßig festgestellten Volkswillen zustande gekommen ist.

Auch das Argument, hinter der deutschen Regierung stände nicht mehr die Volksmehrheit kann nicht verfangen. Denn abgesehen davon, daß die verfassungsmäßige Funktion des gegenwärtigen Reichstages noch nicht beendet ist, war die Mehrheit, die sich im Sommer 1920 für die Parteien der Koalition entschied viel zu groß, als daß man annehmen könnte, sie sei heute nicht mehr vorhanden.

Gerade aber aus diesem Umstande schöpft die gegenwärtige Regierung die Kraft zu „diktatorischen“ Maßnahmen. Sie darf hoffen, mit ihnen durchdringen zu können, weil hinter den Parteien, die sich in Opposition zu ihr befinden, eben nur eine Minderheit des Volkes steht, die sich obendrein auf die äußerste Rechte und die äußerste Linke verteilt und ziemlich hoffnungslos gespalten ist. Die Möglichkeit für sie, durch die Kraft des Vertrauens und der Überzeugung Widerstände zu überwinden, beruht auf dem Umstand, daß sie in die verschiedensten Bevölkerungskreise hinein ihren Einfluß geltend machen

kann. In der Arbeiterschaft wie im Bürgertum, bei der Presse, den Beamten, der bewaffneten Macht kann sie auf Vertrauen rechnen, sofern sie es nicht gerade mit enträgerten Wölfischen, Deutschnationalen oder Kommunisten zu tun hat. Insbesondere gibt die Anwesenheit von vier Sozialdemokraten in dieser Regierung den Massen der Arbeiter und Angestellten die Gewißheit, daß ihre Interessen so vertreten werden, wie das unter den gegebenen Umständen nur immer möglich ist.

Daß durch eine solche Regierung letzte Ziele der Sozialdemokratischen Partei nicht verwirklicht werden können, ist selbstverständlich. Es ist aber ein Irrtum anzunehmen, daß solche Ziele leichter verwirklicht werden könnten durch eine Regierung, die sich lediglich auf eine sozialistisch überzeugte Minderheit des deutschen Volkes stützen würde.

Auch eine solche Minderheitsregierung würde ihre ganze Kraft daransetzen müssen, zunächst einmal die drängendsten Aufgaben der Gegenwart zu erledigen, das heißt, den Ruhrkonflikt zu beenden und für die grenzenlos zerrütteten Staatssfinanzen neue, gesündere Grundlagen zu schaffen. Sie würde sich dazu in der Hauptsache derselben Mittel bedienen müssen, deren Anwendung durchzuführen die Aufgabe der Sozialdemokraten innerhalb der gegenwärtigen Regierungsmehrheit ist.

Die Regierung der sozialistischen Minderheitsdiktatur hätte aber alle Kräfte, die durch die Koalition gebunden sind, offen und fast geschlossen gegen sich: die Landbevölkerung, das Bürgertum, die Presse, den Beamtenkörper, die bewaffnete Macht, die Mehrheit des Parlaments. Wie sie unter solchen Umständen zur Herrschaft gelangen, sich in ihr behaupten, die verworrenen außenpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ordnen könnte, ist unersichtlich.

Wer die Diktatur ausüben will und auf dem Wege zu ihr alle grundsätzlichen und moralischen Bedenken überwindet, der muß wenigstens die Machtmittel besitzen, um sie erobern und behalten zu können. Die sind aber nicht vorhanden. Sie sind, nebenbei gesagt, einstweilen auch für die äußerste Reaktion nicht vorhanden, und werden ihr immer fehlen, wenn die Arbeiterschaft bereit bleibt, ihre demokratischen Grundsätze nach allen Seiten hin aufrechtzuerhalten und zu verteidigen.

Heißt das nun auf die letzten Ziele der Sozialdemokratie verzichten? Nein, das heißt es keineswegs, sondern das heißt nur, daß ein Schritt nach dem anderen getan werden muß, und daß durch List und Gewalt nicht errungen werden kann, was nur durch ruhige Reife der Verhältnisse und der Menschen, durch praktische Teilerfolge und theoretische Aufklärungsarbeit erreicht werden kann. Als stärkste Partei des Reiches hat die Sozialdemokratie die Anwartschaft auf die alleinige Herrschaft in der Regierung, sie wird sie antreten können, sobald es ihr gelungen sein wird, die Mehrheit des Volkes um ihre Fahnen zu vereinigen. Bis dahin ist es ihre Aufgabe, entsprechend der Stärke ihrer Anhänger und ihrer guten Gründe ihren Einfluß zugunsten der arbeitenden Massen mit aller Energie geltend zu machen und sich in der Schule der praktischen Erfahrung auf die noch größere Mission vorzubereiten, die in der Zukunft ihrer harret. („Vorwärts“.)

Devisen-Kurse.

Berlin, 13. September.
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		12. September.	6. September.
Amsterdam	1 fl.	87905000,—	12967000,—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	46882500,—	1516000,—
Kristiania	1 Kr.	15561000,—	3386000,—
Kopenhagen	1 Kr.	17556000,—	6044000,—
Stockholm	1 Kr.	25536000,—	5778000,—
Helsingfors	1 finn. Mk.	2593500,—	917000,—
Rom	1 Lire	4309200,—	1416000,—
London	1 £	43890000,—	14900000,—
Newyork	1 Dollar	95760000,—	38000000,—
Paris	1 Frs.	5605950,—	1855000,—
Zürich	1 Frs.	17306600,—	5185000,—
Madrid	1 Pesetas	12967500,—	4428000,—
Wien	100 Kr.	135660,—	46600,—
Prag	1 Kr.	2892750,—	997000,—
Budapest	1 Kr.	5187,—	1995,—

Vermischte Nachrichten.

Der Kampf gegen den Bucher. Von der Bucherabteilung des Berliner Polizeipräsidiums sind im vergangenen Monat Waren im Gesamtwert von fast 30 Millionen Mark beschlagnahmt worden. Die von den Marktgerichten im August verhängten Geldstrafen belaufen sich insgesamt auf 262 830 000 M.

Explosion von 5000 Granaten. In Mexiko ist ein Munitionsmagazin in die Luft geflogen, in dem 5000 Granaten aufbewahrt wurden. Das Unglück ist durch die Unvorsichtigkeit einiger Soldaten entstanden. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch soll der Materialschaden bedeutend sein.

Ueberfallen und aus dem Zuge geworfen. In dem Mittwoch früh in Berlin eingetroffenen Personenzuge Frankfurt-Berlin wurde ein Reisender in einem Abteil 2. Klasse überfallen, ausgeraubt und schwer verletzt. Sein Gepäck wurde ausgeraubt und der Reisende dann in der Nähe der Station Großbeeren aus dem Zuge geworfen. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb er. Da sämtliche Ausweispapiere geraubt sind, war die Persönlichkeit noch nicht festzustellen. Die Täter sind entkommen.

Sittlichkeit und Salzfäure. In Chicago wendet sich der Zorn der bekehrungseifrigen Prohibitionisten neuerdings gegen die Mode der nackten Frauenarme. Ihrem Eifer ist es auch bereits geglikt, bei verschiedenen Warenhäusern durchzusetzen, daß die Verkäuferinnen nicht mehr mit ärmellosen Blüsen ihres Amtes walten. Noch einen Schritt weiter ist man in der im nordamerikanischen Staat Georgia gelegenen Stadt Athen gegangen. Hier hat sich unter dem Namen „Eiferer Christi“ eine Kampfgenossenschaft gebildet, die mit den energischsten Mitteln gegen die Blüsenauschneide zu Felde zieht. Die Mitglieder dieser Genossenschaft tragen militärische Uniformen und wie sie ihre Ziele verfolgen, geht aus der Tatsache hervor, daß kürzlich in einer der Hauptstraßen von Athen ein „Eiferer Christi“ die nackte Arme einer vierzehnjährigen Schülerin mit Salzfäure begoß. Die Kleine erlitt schwere Brandwunden, ganz abgesehen davon, daß ihre Kleider ruiniert wurden. Der Eiferer aber suchte das Weite und konnte leider entkommen. — „Lasset die Kindlein zu mir kommen“, sagte Christus. Vor den in seinem Namen Eisenden kann man aber den Kindlein nur raten, bei Zeiten die Flucht zu ergreifen. Sittlichkeitseifer und Verwerflichkeit gehen häufig Hand in Hand.

Russische Heimkehrer. Aus Estland wird geschrieben: Die große Sehnsucht nach Rußland treibt jetzt immer neue Scharen in die russischen Gebiete zurück. Die Petersburger Eisenbahnzüge werden immer länger und menschengedrängter. Die meisten, die da in Kopflosigkeit heimkehren, sind vor der bolschewistischen Welle geflohen, sind arm und bloß nach Finnland, Schweden, Norwegen und Estland gekommen und haben dort Gastfreundschaft genossen. Nun schwebt ihnen Rußland wieder als das große heilige Rußland vor, wo man alle Höhen und Tiefen des Lebens erlebt und heute Bettler, morgen ein Glücksritter sein kann. Nach Rußland ziehen auch die Deutschrussen, die durch Emigration und Geschicklichkeit rasch vorankommen und die der Stadtluft als Mitbruder erträgt oder sogar schätzt. Die Vorkämpfer lassen ihre „Korpoßen“ auswandern, um auszufundenschaftern, ob Behaglichkeit und Reichtum in breitere Volksschichten gedrungen ist, so daß den Erwerbenden das Brot für die nächste Zukunft gesichert ist. Zu den neuen Auswanderern zählen die Esten, die anfangen, lieber Russisch zu lernen als Deutsch. Der Reiz des Neuen, ein wenig Abenteuerfreude — bei den Jungen — ist Haupttrieb.

Das gefährliche Indien. Nach amtlichem Ausweis wurden während des vergangenen Jahres in Indien 1609 Personen von Tigern, 500 von Leoparden und 460 von Wölfen zerissen, während 225 Opfer den Krokodilen und 2090 den Giftschlangen zum Opfer fielen. Im ganzen fanden 1922 in Indien 4883 Personen den Tod durch wilde Tiere.

Von chinesischen Seepiraten überfallen. Die Havasagentur meldet aus Hongkong: 50 chinesische Räuber, die sich an Bord des Dampfers „Hsinshang“, der den Dienst zwischen Kanton und Hongkong versieht, einschiffen, haben am Sonnabend den englischen Kapitän und die Mannschaften überrascht und eingesperrt. Sie flüchteten mit einer Beute im Werte von 90 000 Dollar und führten zwei Mann der Besatzung mit sich.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit, Lübeck und Jewillston Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Das Leben der Salome Zeller.

Von Ernst Zahn.

18. Fortsetzung.

Sie waren inzwischen in das Quartier gelangt, wo Brändlis Haus lag. Von einem Spekulanten gekauft, stand an der Straße, in welche sie einbogen, eine ganze Reihe kleiner Wohngebäude, eines immer wie das andere, freundlich, zweistöckig, mit Blumen an den Fenstern und in von grünem Holzpaan gegen die Straße abgeperrten Vorgärten. Sie fanden dasjenige des Bankbeamten.

Brändli öffnete ihnen selbst die Tür, als sie läuteten. Er hatte einen schwarzen Sonntagstrand an. Haar und Bart schienen fröhlicher denn je dagegen, sein Gesicht aber sah krank und blaß aus. Es rötete sich nicht, als er jetzt erst Zeller und dann Salome begrüßte. Nur seine Hand zitterte wieder und war feucht, auch zuckte der Mund, wie wenn er Mühe hätte, die Worte zu bilden. Doch war es keineswegs, daß er aus Hauswirtschaftsbedürfnis verlegen war. Als solcher gewann er vielmehr seine Haltung zurück und führte Vater und Tochter in die Wohnstube, wo der Tisch schon gedeckt und alles so war, wie er es Salome beschrieben hatte, die Blumen und der Vogel unter dem offenen Fenster und die viele goldene Sonne. Als sie und der Vater sich gesetzt hatten, holte er seine Mutter herein, die aus der Küche kam und der er wie aus dem Gesicht geschnitten war. Sie hatte dieselben verdorrten, runzligen Züge und denselben breiten Mund mit den Augen, die manchmal überraschend aufleuchteten, so daß es dem Beschauer war, als ginge ihm in einem Den und kalten Haufe die Tür zu einem warmen, behaglichen Gemache auf.

Zellers übergroße Bescheidenheit wollte anfänglich etwelche Befangenheit zwischen sie werfen, aber mit ihrem einfachen Wesen trafen Mutter und Sohn alles Unbehagen zum Weichen, und als Frau Brändli gleich darauf das Essen auftrug, begann eine pergnante, stille Mahlzeit. Es war Salome, als sei sie schon oft hier zu Gast gewesen. Sonderbar vertraut kam ihr alles vor. Es war Art von ihrer Art. Sie fühlte, daß sie hier zufrieden leben könnte. Und zugleich wußte sie, daß sie es nur zu sagen brauchte, um es zu können. Es entging ihr nicht, wie bewegt Brändli war, wenn er mit ihr redete. Sobald er mit ihrem Vater und seiner Mutter sprach, war kein Ton ungezwungen und gleichmäßig sicher wie im Gespräch, aber er strakte felle, wenn er sich an sie wendete, und labt wenn er ihr bei Tisch eine Speise reichte, sah sie die Unbehagen seiner Hand. Darob bestiel sie plötzlich eine tiefe Bedrängnis, so daß die Stimmen der Tischgenossen ihr kerner klangen und neben allem, was ihr eigener Mund sprach, noch eine andere Stimme war, eine verhörgene, auf die sie lauschen mußte. Die redete von Heinrichs Hingel, und von der Vergangenheit, und von dem Knaben Heim und von dem, was an ihrem, Salomes, Leben unwehrlieh: Da begann sie sich vor dem Augenblick zu fürchten, in welchem sie gezwungen sein würde, Johann Paul Brändli eine

Antwort zu geben. Daß die Zeit kommen würde, stand ihr außer allem Zweifel.

Sie hatte keine Ruhe mehr auf ihrem Stuhl. Wenn doch der Besuch vorüber gewesen wäre!

Brändli schlug nach Tisch einen Spaziergang vor, und sie trafen wirklich nach einer Weile mit Mutter und Sohn nach der maligen Höhe, welche die Stadt im Westen schützte, und wo die Bürger sich Sonntags gern ergingen, auf. Zu zweien wanderten sie auf schmalen, tiefen Waldwegen hin. Die Tannen düsteten, und den Lichtungen brach manchmal der schöne, heiße Tag über sie herein. Brändli ging neben dem Vater, sie neben seiner Mutter. Die beiden Frauen sprachen kaum, lauschten vielmehr auf das, was vor ihnen die Männer redeten. Brändli erwähnte, was ein großes Zeichen seines Vertrauens war, einmal des Geschäftes und kam auf seine eigene Stellung. Er prahlte nicht, aber er redete mit der Sicherheit eines Mannes, der eines schönen Wohlstandes sich erfreut.

Dann fiel ein helles Licht auf das Verhältnis seiner Mutter zu ihm denn diese knüpfte an seine Worte die leise Bemerkung: „Es geht nicht mancher herum, der so sparsam und fleißig ist wie er. Er hat uns nach und nach ein schönes Leben geschaffen.“

Eine tiefe Erkenntnis, wie gut sie es hatte, eine große Dankbarkeit und bewundernde Liebe für den Sohn lagen in ihren Worten.

Salome durchblühte abermals der Gedanke: „Und so würdest du es haben. So verlohnt für dein ganzes Leben würdest du sein.“ Damit war das Verlangen eins, dieses Glück der Versorgung wirklich zu erreichen.

Aber im nächsten Augenblick war wieder die Angst da: Gott, o Gott, wenn nur der Augenblick nie kam, da Brändli sich aussprach!

Alle die Zeit des Spazierganges zählten Mutter und Sohn daselbe Bemühen, die freundschaftlichen Beziehungen, welche dieses erste Besamensein anknüpft, dauerhaft zu machen. Vater Zeller teilte diesen Wunsch und lud den Beamten zu sich ins Haus, als sie sich verabschiedeten. Auch die Frauen sollten sich kennen lernen. Sie trennten sich am Jellertischen Hause, und Salomes Vater erzählte oben der Mutter, wie alles gewesen war. „Und mir scheint, unser Kind hat das Glück in Händen, wenn sie nur will.“

Er lächelte und knüpfte ein Wort von Gottes großer Güte an, wie es seinem frommen Sinne lag.

Salome aber wehrte mit heiligem Gesicht: „Nein, Vater, du irrst dich! Wenn die Leute auch freundlich sind, braucht man sich doch nicht gleich alles Wohlgehen zu denken!“

Die Antwort war so heftig, daß die beiden Mütter sich verwundert anstarrten.

Und die Angst war in Salome. Sie mußte allein sein und erkennete sich, sobald sie konnte. Sie schlief nicht in der Nacht, sondern warf sich unruhig im Bett hin und her. Was sollte sie den Eltern sagen? Wenn Gott, warum war immer der — Schatten da. Der — Schatten? Zum ersten Male sah sie ihn deutlich in ihrem Leben stehen. Und von da an begann ihr Kampf mit diesem Schatten.

Als die alte Uhr vom St. Peter, welche die ganze Nacht ihr gesagt hatte: So lange liegt du nun schon wach! So lange jetzt! Als diese Uhr die fünfte Morgenstunde schlug und bald Aufstehtzeit war, sah sie Salome einen Entschluß. Der kommende Tag mit seinen Aufgaben gab ihr die Entschlossenheit zurück. Die Angelegenheit mit Brändli durfte nicht feige hingezogen werden! Sie, Salome mußte handeln, mochten die Folgen sein wie sie wollten.

Auf dem Weg ins Geschäft und dann, während sie dem Schreiber gegenüber am Pulte stand, überlegte sie sich, was sie tun wollte. Zeller hatte sie lebhafter und wärmer als sonst begrüßt. Es war, als leuchtete eine Hoffnung aus seinem Blick. Zuweilen sprach er vom gestrigen Zukunftssein.

Salomes Herz schlug. Dann nahm sie einen Anlauf und jagte ehehlich und in kurzen, heftigen Worten: „Ich möchte Ihnen etwas sagen, was nach sehr Mensch, nicht einmal meine Eltern wissen. Ich habe einmal eine Bekanntschaft gehabt, die ich nicht mehr vergessen kann, und ich werde nie heiraten.“

Er war so überrascht und erschreckt, daß er einen Augenblick sprachlos dastand und sich nicht zu benehmen wußte. Schon aber war er ihr unbewußt dankbar, daß sie von seinen Werbeabsichten, so deutlich sie schon gewesen waren, nichts sagte, sondern ihm mit dem Geständnis gleichsam nur einen Vertrauensbeweis zu bieten schien.

„Ich bitte Sie, niemandem davon zu sprechen“, fuhr Salome mit derselben Hast fort.

Da nahm er sich zusammen. Es war eigentümlich und wie ein Zusammenkriechen von Jugend zum Alter, wie er binnen kurzem wieder der ältlich aussehende, verdrießliche Federführer war.

„Nein, nein“, stotterte er. „Ich — wie sollte ich davon sprechen? Ich danke Ihnen, daß Sie so offen gegen mich gewesen sind.“

Er beugte sich über seine Bücher und schweig lange. Er arbeitete emsig, aber Salome, die verstohlen nach ihm hinüberblühte, bemerkte, daß er doch nicht der gleiche war wie sonst. Er war sehr bleich, und manchmal sah er auf eine einzige Stelle im Buch, und die Feder stand still, wie wenn ihm die Gedanken ausgegangen wären.

Als zur Mittagspause gewann er seine Selbstbeherrschung vollständig zurück. Er erwähnte das Gespräch nicht mehr, reichte ihr die Hand und bat sie, die Eltern zu grüßen.

So blieb er von da an wieder mehr der Kollege und Vorgesetzte, doch immer freundschaftlich. Den zwischen den Familien angebahnten Verkehr brach er keineswegs ab. Dagegen mußte er mit merkwürdigem Takt sein Verhältnis zu Salome unmerklich so gestalten, daß sowohl seine Mutter als ihre Eltern im Zweifel sein mußten, ob er je eine ernste Annäherung beabsichtigte. Wenn sie affekt waren, schien es Salome, als ob er sich tapfer, ja über sich selber ungehalten, einredete, er sei mit keinem Mann aus persönlichen Darzügen und seinem Alter überhaupt nicht der Mann gewesen, der sich habe Hoffnungen machen dürfen.

(Fortsetzung folgt.)

An die Bevölkerung Lübed's!

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Wochen hat auch in unserer Stadt schwere Notstände hervorgerufen. Infolge der rasch fortschreitenden Geldentwertung sind die Preise um ein Vielfaches gestiegen. Allen Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsempfängern ist damit die Lebenshaltung aufs äußerste erschwert. Betriebseinschränkungen, Kündigungen, Entlassungen sind in einem Ausmaße erfolgt, wie nie zuvor. Die Zahl der Erwerbslosen hat das dritte Tausend überschritten; ihr weiteres Anwachsen ist zu befürchten.

Diese Entwicklung bringt viele Familien in bittere Not. Alle Kräfte müssen angespannt werden, um dieser Not zu begegnen. Der Staat hat eingegriffen und wird eingreifen, soweit seine geschwächte Finanzkraft es nur gestattet. Das Reich, das die Ausschöpfung der wichtigeren Steuerquellen sich selbst vorbehalten und das damit die Verpflichtung übernommen hat, den Ländern und Gemeinden nach Kräften bei der Überwindung ihrer Notstände zu helfen, ist wiederholt und wird jetzt erneut auf die ernste Notlage weiter Kreise der Lübed'schen Bevölkerung hingewiesen; u. a. ist der Ausbau der Erwerbslosenfürsorge und ihre produktive Gestaltung dringend gefordert, um einem erheblichen Teil der Arbeitslosen Beschäftigung bieten zu können. Ganz besonders ist die Notwendigkeit betont, die Kräfte der Arbeitslosen dem Wohnungsbau nutzbar zu machen und damit zugleich auch der drückenden Wohnungsnot zu steuern.

Läßt so der Senat seinerseits kein Mittel unversucht, der wachsenden Not der Lübed'schen Bevölkerung zu steuern, ist doch ein ausreichender Erfolg von diesen Maßnahmen allein nicht zu erwarten; daher ergeht an alle, denen mehr als ein bescheidener Notbedarf geblieben ist, der dringende Ruf:

1. Schafft Arbeitsgelegenheit!

Wer jetzt Aufträge erteilt, die Arbeitsgelegenheit bieten, leistet dem Gemeinwohl einen wertvollen Dienst.

2. Erhaltet die vorhandene Arbeitsgelegenheit!

Dringendes Gebot dieser ernsten Zeit ist es, Entlassungen nach Möglichkeit zu vermeiden, dort aber, wo die Verhältnisse Einschränkungen erfordern, Stilllegungen und Entlassungen möglichst lange hinauszuschieben. Strenge Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen, die der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken bestimmt sind, ist den zuständigen Stellen zur Pflicht gemacht. Aber nicht allein das Gesetz, auch das Verantwortungsgefühl eines jeden Einzelnen muß dazu führen, die Arbeitnehmer soweit wie irgend möglich vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren.

3. Lindert die Not der Bedürftigen!

Jetzt gilt es, der drängenden Not zu begegnen; jetzt gilt es Gemein Sinn zu betätigen und Opfer zu bringen. Wer dazu bereit ist, dem wird es bei dem weit ausgebauten öffentlichen und privaten Fürsorgewerk unserer Stadt an Gelegenheit dazu nicht fehlen.

Nur ernstliches Verantwortungsgefühl und allseitige Opferbereitschaft werden es ermöglichen, die Schwierigkeiten zu überwinden und die Wiedertekehr günstigerer Lebensverhältnisse anzubahnen.

Lübed, den 13. September 1923.

Der Senat.

Ia. Braunkohlenbriketts, gute Braunkohlen, Grubetofe, Lannen- und Buchenbrennholz 6447
Johs. Mustin,
 Holz- und Kohlenhandlung,
 Warendorferstr. 14-22. Fernr. 2740

Für die richtige Wiedergabe **telephonisch** übermittelter Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Fehlerhafte, auf diesem Wege bestellte Anzeigen gehen zu Lasten des Bestellers.
 Die Geschäftsstelle des **Lübeder Volksboten.**

Jedes Angezeijer besichtigt sofort F. Krüger, breib. Kammerz., Alster 3. Heftelmittel gegen Kopflanz. (6296)

J. H. Pein
 Lübeck
 Markt 10/12
 Breite Straße 51/52.
 Das beliebte Sam-
 pane für (6422)
 Arbeiter-Sparten,
 Vereinskassen,
 Lehrer-Assoziation,
 Arbeiter-Assoziation,
 (Lübeder Volksboten)

Alle **Arbeiter** kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (6418)
Otto Albers
 Markt 4, Kohlstr. 10

Freitag u. Sonnabend **Pa. Sollenfleisch** ff. gelochte Meistwurk und Hauswurk
Fp. Kollmann
 Reiterstraße 8.
Steppdecken
 Anfertigung u. Ver-
 heizen von Spinnman-
 n
 Breitestr. 31. Fernsp. 8629
 (6301)

Nr. 17.  Nr. 17.
 Die Sonne lacht — Herbstpracht!
 Der Dollar hat's auf 100 gedrückt.
 Was nun? spricht der Hahn zum Huhn,
 Ein Ei kostet eine Million,
 Es ist der reine Hohn.
 Ach, wir können Barfuß laufen.
 Die armen Menschen aber müssen Schuhe
 und Stiefel kaufen.
 Kauft schnell, ihr könnt nichts Besseres tun,
 glaubt dem dummen Huhn.
O. Schröder.
 Große Auswahl in starken Arbeits-
 stiefeln und sämtlichen Schuhwaren.
 Spezialgeschäft (6484)
Balauerstraße 17.

Sie finden bei (6419)
Walter Griephan & Co.
 Hüxstr. 74
CHROM billig.
 Bettbezüge, Inlets, Kissenbezüge,
 Schürzenstoffe, Kleiderstoffe,
 Wäsche, Schürzen, Kofferzeuge etc.

Ehlers & Reetwisch
 Poststr. 1. St. Petri 2-4.
 Bekannt recelles Einkaufshaus.
**Konfektion — Manufaktur
 Schuhwaren.**
 Mod. Damen-, Mädchen-, Herren-,
 Knaben-Konfektion, Kleiderstoffe,
 Kostüme, Stofftische, elegante
 Damen-, Kinderstiefel usw. 6444

Prima Kernleder-Sohlen.
 26 Beckergrube 26. (6420)

KOLO SSEUM
 Sonnabend, d. 15. September
Groß. Ball
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. (6445)
 „St. - Gertrud - Liedertafel.“
 — Mitglieder Eintritt frei. —

Luisenlust
 Jeden Freitag **Gr. Tanzkränzchen.** (6421)
Café Bernhardt
 Fackelburger Allee 9.
 Täglich nachm. Konz. (6423)
 8 Uhr.

Verband der Lebens-
 mittel- und Getränke-
 arbeiter Deutschlands
 Zahlstelle Lübed. (6495)
**Mitglieder-
 Versammlung**
 am Sonnabend, 15. Sept.
 abends 6 1/2 Uhr.
 Tagesordnung:
 1. Bericht über Lohn-
 bewegungen.
 2. Bericht vom Gewerks-
 schaftshaus.
 3. Gänge.
 Das Erscheinen aller
 Mitglieder ist unbedingt
 erforderlich
 Der Vorstand.

**Allgemeine Ortskran-
 kenkasse Lübed.**
 Außerordentliche
 Mitgliederversammlung
der Vertreter
 Mittwoch, 19. Sept. 1923,
 abends 7 Uhr pünktlich,
 in der Aula des Katarin-
 enums, Eingang Gunde-
 straße. (Stadtbibliothek).
 Tagesordnung:
 1. Satzungsänderung,
 Aufhebung von Mehr-
 leistungen (Familien-
 unterstützung), Lohn-
 stufeneinteilung. (6448)
 2. Änderung der Dienst-
 ordnung. (6448)
 3. Sonstiges.
 Lübed, 12. Sept. 1923.
Der Vorsitzende
 des Vorstandes.
 Joh. Körner.

NG Notgemeinschaft
 B. L. e. V. für Bestattungen
 e. V. Lübed.
**Gemeinschaftliche
 Sitzung**
 vom Vorstand und
 Kontrollauschuß
 am Freitag, d. 14. Sept.
 abends 8 Uhr (6436)
 in der Geschäftsstelle,
 Gundestraße 49/51.
**Der Vorsitzende des
 Kontrollauschusses**

Hanja-Theater.
 Nur noch **2** Aufführungen
 Donnerstag und Freitag
 7 1/2 Uhr:

**Die Schönste
 der Frauen.**
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
 Zum ersten Male
**Der Leibkutscher des
 Friedericus Rex.**
 Operette in 3 Akten von
 Snaga. (6425)

Stadttheater Lübed.
 Freitag, 7,30 Uhr: (6414)
 Zum ersten Mal
Onkel Wanja von A.
 Tschechow.
 Sonnabend, 7,30 Uhr:
 Volksbühne.
Die Töchter v. Tschob.
 Sonntag, 7,30 Uhr:
 Bar u. Zimmermann

Freistaat Lübeck

Donnerstag, 13. September.

„Zwing Uri“

Jugendwo bauen Männer der Arbeit einen steinernen Kolof. Wozu?

Ist der Kolof fertig, taucht man ihn: Verwaltungsbau. Dann kommen Herren der Schöpfung mit ihrem Stab hinein, setzen sich in weiche Polster, lutschen an diesen Zigarren und denken und rechnen und schreiben, wie man Eisenblech, Messingblech, Reichsteuern, Maschinenöl, Bankgeschäfte und Männer der Arbeit am besten angreift und verbraucht. Alles ist Markt, alles ist Ware, alles ist käuflich. Drehbank oder Arbeiter? Konjunkturhoch oder Proletariatsnot? Alles ist ein Exempel des Zwedes. Wer macht's zum Exempel der Menschlichkeit?

Jugendwo bauen Männer der Arbeit einen neuen steinernen Kolof — „Zwing Uri“!

Jugendwo gießen ruhige Gesellen Kanonen, Kanonen, Kanonen. Technik des Geistes und Technik der Fäuste schaffen Wunder.

Wozu? Wenn ein fremdes Volk unartig wird, gibt es Krieg. Dann gibt es keine Parteien mehr: Wilhelm ist Ede und Kriegsgegnin ist Hungerprolet. Die schwarzen Gesellen ziehen ins Feld, empfangen morgens den kirchlichen Segen, mittags Dörrgemüse und abends einen Granatapfelter in den Leib. Sie sterben den Selbentod für die andern. Die andern schießen Tag und Nacht wieder auf andere — und das sind die Feinde. Alles zusammen aktiver Patriotismus. Massenschlächtere, Brutalität, Hohn der Menschheit, Hinterbliebenenelend und Krieg dem Kriege ist sozialistisches Gepfähr.

Manchmal kommt auch Frieden. Sieht man Kanonen? „Zwing Uri“!

Jugendwo trägt ein altes Mütterchen die Zeitung. Generalanzeiger oder z oder y oder z steht drauf — aber nichts von einem Blatt der Arbeit. Wozu? Hunger ist: darum! Hunger ist: dazu! Hunger ist: deshalb! Das Mütterchen trägt die Zeitung in zwei Familien. Bei der einen steht am Gartenzaun: Hundebißig! und: Gefinde hinterzum! und bei der andern riecht man Windeln, hört man Kummer und sieht man Rot. Schleichendes Gift trägt das Mütterchen drei Treppen hoch. Tagein — tagaus! Gelähmt, verzagt, verdummt! — soll die Arbeiterfamilie sein? „Zwing Uri“!

Deaceha.

Achtung, Parteigenossen!

Der Vorstand hat in seiner Sitzung vom 12. September einstimmig beschlossen, für den Monat September von allen voll im Erwerb stehenden Parteigenossen eine Million nachzuheben. Ferner bittet der Parteivorstand diejenigen Genossen, die sich in günstiger Vermögenslage befinden, entsprechend höhere Beträge an die Parteikasse abzuführen.

Die ungeheure Geldentwertung zwingt uns zu dieser Maßnahme. Es gilt, die Partei über die schweren Wochen hinwegzuhelfen.

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die Genossen der Partei geben werden, was sie gebraucht, um die kommenden Kämpfe siegreich zu bestehen.

Achtung, Parteikassierer und Ortsgruppenkassierer! Die neuen Karten können von Freitag ab im Sekretariat in Empfang genommen werden.

Sozialdemokratischer Verein. Im 11. Distrikt sprach gestern Genosse Dr. Pieth vor einer bemerkenswert starken Mitgliederanzahl über die Lage in Lübeck. Ausgehend von den Inflationsjahren der Regierung Cuno-Hermes sprach der Referent kurz die vom Reichstage beschlossenen neuen Steuern und die vorläufige Notreform auf dem Gebiete der Steuererhebung sowie die parallele Maßnahme der wertbeständigen Anleihe. Es habe sich indessen gezeigt, daß die Erwartungen, die Herr Stresemann in die Einsicht der bestehenden Klassen gesetzt hatte, sich nicht erfüllt haben und bei der Mentalität dieser Kreise auch künftighin nicht erfüllt werden, wenn nicht die diktatorischen Maßnahmen zur Erfassung der Devisen mit aller Härte rücksichtslos durchgeführt würden. Die Einrichtung einer Goldnotenbank sei jedoch beschlossen und werde eine Besserung der Währungsverhältnisse herbeiführen helfen. Die Beendigung der Inflation aber sei erst dann zu erwarten, wenn der Notendruck durch Beendigung des Ruhrkonflikts stillgelegt sei. Das Ruhrabenteuer müsse daher mit Nachdruck einem erträglichen Ende entgegengeführt werden. Die Finanzierung des passiven Widerstandes durch den Notendruck statt Steuern auf das Kapital sei das größte Verbrechen der verflochtenen Regierung gewesen. Eingehend behandelte der Referent die Arbeitslosenfrage und die vom A. D. G. B. empfohlenen Maßnahmen. Ausgehend von einer Erklärung, weshalb unter diesen Umständen die B. S. P. D. in die große Koalition eingetreten sei und dadurch eine sehr große Belastungsprobe nötig auf ihre Schultern geladen habe, ging der Referent auf die Lübecker Verhältnisse über und wies nach, wie hier der Ruf nach „Arbeitsgemeinschaft“ und Koalition zwar dauernd von den Volksparteiern und Demokraten erhoben werde, wie aber die sogenannten „Arbeitsgemeinschaft“ leider in der Tat darin bestünde, daß die anderen Parteien der sozialdemokratischen Fraktion die Bewilligung von Steuern in der Hauptsache allein überlassen und sich, obgleich sie die Mehrheit im Senate hätten, um die Verantwortung herumdrückten. Die Stellung der Fraktion zu diesem Senate wäre nunmehr geklärt, und er müsse die Konsequenzen ziehen. Unter dem besonderen Beifall der Versammelten erörterte der Referent die Stellungnahme der Fraktion zu dem Penfionsgesetz-Zusatz, der sich aus politischen und Billigkeitsgründen vernünftigerweise hätte hängen lassen, die persönliche Angriffe niedriger, die der Schriftleiter des Drägerwerkes und frühere Redakteur der Colemannpresse gegen die Fraktion und ihre Führer aus dem Hinterhalte der in Verborgenen blühenden Rechten Nachrichten richtete. (Wir brachten gestern diese Ausführungen an anderer Stelle im Wortlaut.) Und Arm in Arm mit diesem politischen Charlatan marschierte der Leiter der volksparteilichen Fraktion. Dieser Tiefstand volksparteilicher Einstellung in Lübeck trotz der Nähe der Gegenwart sei bezeichnend und im Interesse unseres Staates bedauerlich. Der Referent behandelte dann die Stellungnahme der anderen bürgerlichen Parteien und der Kommunisten zur Regierungsfrage und ging zum Schluß auf die Erwerbslosendemonstration ein, die gestern stattfand. Die Notlage der Erwerbslosen sei hart und müsse gebessert werden; grundsätzliche Maßnahmen seien notwendig; eine einmalige Million könne dauernde Besserung nicht bringen. Diese Frage sei um so trennender als ein Anschwollen der Erwerbslosenzahl eintreten werde. Die Veranlassung nahm die Ausführungen beifällig auf. In der lebhaften Debatte, an der sich u. a. die Gen. Bentzien, Hornad, Rutenberg und Brehmer beteiligten, wurde die Senatskritik, die Erwerbslosenfrage, die Steigerung der Lebensmittelproduktion u. a. besprochen. Der Distriktsführer, Gen. Keintze, empfahl zum Schluß die Beschäftigung der Konsumvereinsmitglieder, zu der noch besonders eingeladen wird, und Beteiligung an der Vereinigung Republik.

Der Totentanz der Preise.

Die katastrophale Preisentwicklung der letzten 8 Tage läßt den härtesten Optimisten verzweifeln. Auf dem Warenmarkt ist ein Chaos eingetreten, das einfach ungeheuerlich ist. Eimerlei, ob die Hausfrau 20, 50 oder 100 Millionen einsteckt, sie zerfleht wie Spreu vor dem Winde. Verzweifelt trägt sie das bühnenbare nach Hause und darf sich noch glücklich schätzen, daß sie überhaupt etwas kaufen konnte. Tausende Erwerbslose, Kurzarbeiter, Invalidentrentner und viele andere stehen einfach vor dem Nichts. Mit der Unterstützung können sie nicht einmal ein marktfreies Brot kaufen, denn dieses kostet dreimal so viel als die Erwerbslosenunterstützung beträgt. Acht Millionen Mark kostet heute ein solches Brot, wer weiß, was es morgen kosten wird? Und diese Steigerung, trotzdem wir eine überaus günstige Getreideernte zu verzeichnen haben. Nach den neuesten Meldungen werden in Deutschland 98,7 Millionen Doppelzentner Brotgetreide geerntet gegen 71,2 im Vorjahr.

Die Fleischpreise steigen so rasch, daß jede Stunde eine Veränderung brinat. Die Fleisch-Zinnung und der Konsumverein geben im Interessteil bekannt, daß sich die Schlachtpreise innerhalb weniger Tage verdreifacht haben. So sei auf dem Hamburger Markt, von dem Lübeck abhängig sei, Schweinefleisch von 4 auf 12 Millionen pro Pfund Lebendgewicht gestiegen. Wie uns heute früh vom Konsumverein mitgeteilt wird, kostet Karbonade bereits 22 Millionen, gefochte Mettwurst 24 Millionen, Gefrierfleisch gestern noch 8-10 Millionen. Margarine wird heute 10 Millionen kosten. Schmalz 18-20 Millionen. Verhältnismäßig am billigsten sind die Fische, die 800 000 bis 2 Millionen kosten. Kartoffeln steigen täglich in Preise, ebenso Gemüse und Obst. Es ist für die meisten ebenso unerschwinglich wie Kolonialwaren, deren Weltmarktpreise ständig im Steigen begriffen sind. Hier, wie auch beim Schmalz, (100 Kilo 8 Dollar mehr), wirt sich nicht nur die Baluta katastrophal für uns aus, sondern auch die erhöhten Weltmarktpreise machen ein Kaufen unmöglich. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist erschöpft, sie kann sich nicht einmal mehr ein Pfund Knochen, das mehrere Millionen kostet, zum Schmackhaftmachen der Speisen leisten. Diese Zustände führen zum Verhungern. Man muß wochen-

lang in die Kochtöpfe der Minderbemittelten hineingesehen haben, um das Wirtschaftselend unserer Zeit richtig zu erfassen und um die Ursachen zu erkennen, weshalb so viele Menschen, namentlich die Älteren, ausgemergelt und kraftlos wie Halbtiere über die Straße schleichen. Dazu eilen wir dem Winter entgegen; ein Zentner Reis kostet 24 Millionen Mark, Schuhe, Kleider, Wäsche sind abgerissen, die Arbeitslosigkeit wächst und mit ihr das Elend in Millionen Familien. Die Reichs- und Landesregierungen haben keine Zeit zu verlieren, sie müssen sofort handeln, sonst stirbt alles in den Abgrund.

Schiedspruch für die Geschäftswerker.

Der am Montag, den 10. September 1923 in Berlin im Reichsarbeitsministerium zusammengetretene Sonderausschuss für die Geschäftswerker hat folgende Beschlüsse gefasst:

Für die Zeit vom 10. bis 16. September 1923 beträgt der Stundenlohn für Gelernie in der Ortsklasse I 1 428 000 bis 1 520 000 M.; in der Ortsklasse II 1 316 000 bis 1 400 000 M.

Die Sozial- und Kinderzulage wird auf je 170 000 M. pro Stunde erhöht.

Den Parteien wird empfohlen, noch in dieser Woche beauftragt Neuregelung der Ortsklasseneinteilung und des Lohnsystems (siehe die Ziffern C, D und J) zusammenzutreten.

Erklärungsfrist: Donnerstag, den 13. September 1923.

Die Verhandlungskommission hat diesen Spruch abgelehnt und sofort Schritte eingeleitet, um eine Revision dieses vollständig ungenügenden, den furchtbaren Teuerungsvhältnissen in keiner Weise Rechnung tragenden Schiedspruch herbeizuführen.

Ein Brief 250 000 Mf.

Wolffs Bureau meldet: Die ungeheure Geldentwertung der letzten Tage, die den Posthaushalt mit neuen gewaltigen Mehrausgaben belastet, nötigt die Postverwaltung, die Post-, Postschiff-, Telegraphen- und Fernsprechgeldern neu festzusetzen. Die neuen Gebühren treten für den Telegraphen- und Fernsprechverkehr am 16. September, für den Post- und Postschiffverkehr am 20. September in Kraft. Danach beträgt die Gebühr für einen einfachen Fernbrief 250 000 Mf., für eine Fernpostkarte 100 000 Mf., für eine Drucksache (1. Gewichtsklasse) 50 000 Mf., für gewöhnliche Telegramme sind zu entrichten eine Grundgebühr von 400 000 Mf. und eine Wortgebühr von 200 000 Mf.; im Fernsprechverkehr kostet ein Ortsgespräch 250 000 Mf. In ähnlichem Verhältnis erfahren auch die meisten übrigen Gebühren eine Heraufsetzung. Der Druck der entsprechenden Marken ist bereits im Gange.

Nach einer Bekanntmachung im Reichsanzeiger verlieren alle Postfreimarken im Einzelwerte von weniger als 100 Mark mit Ablauf des 30. September ihre Gültigkeit. Nicht zum Freimachen von Sendungen benützte Marken dieser Art werden bis Ende Oktober bar oder gegen andere Freimarken eingelöst, wenn von einer Sorte mindestens Marken im Gesamtwerte von 1000 Mark vorgelegt werden.

Emers, der Zielbewussteste!

Laßt diese Menschen um mich sein, Mit runden Köpfen, Die des Nachts gut schlafen!

Wie konnte Julius Cäsar doch seine Politiker! Die gefährlichen von den Ungelehrlichen mußte er zu unterscheiden, auf den ersten Blick. Er behaute ihre sanften Rundungen, und er wußte genug.

Kommt her, alle, die ihr einen belustigenden Anblick genießen wollt! Rechtsanwalt Hans Emers schreitet zum Kampf. Zum offenen, erbitterten Kampf! So etwas muß man gesehen haben. Ob Julius Cäsar beim Anblick dieses neuesten Florettfechters der Volkspartei auch heute noch bei seiner Lebensweisheit bliebe? Sicherlich! Denn un schwer unterscheidest du den Affen vom Tiger. Trotz aller wilden Sprünge, trotz allen heiseren Gebrülls.

Oh, Herr Emers weiß selbst, welche traurige Rolle er bisher gespielt hat. Er der sich selbst zum Führer des Lübecker Bürgerturns erlor. Und er entschuldigst sich tränenden Auges: „Ohne straffe Organisation ist auch für den zielbewusstesten Führer keine Politik zu treiben.“

Mit dem „zielbewusstesten Führer“ meint er nämlich sich selbst. Er, „der Zielbewussteste“, der der Sozialdemokratie deshalb kein achtunggebietender Gegner sein konnte, weil die Sozialdemokratie „in ewiger Angst dahinstorbt“. Sehr zielbewußt! Nicht wahr? Julius Cäsar hat ganz bestimmt das Rechte getroffen.

Sie irren, Herr Emers!! Unsere Achtung vor Ihnen als gurendem Anwärter auf die Führung im Bürgerturn ist schon vor Monaten verdunstet. Wissen Sie wann?

Denken Sie bitte zurück! Und falls die hohen „staatspolitischen Ziele“ noch nicht Ihren ganzen Horizont verdrängt haben, so steigt Ihnen vielleicht die Erinnerung an eine Sitzung des Haushaltsausschusses hoch.

Der Schreiber dieser Zeilen hat Ihnen damals offen und ehrlich zugeredet, daß zu einer geistigen Führerschaft in der Volkspartei und damit im Bürgerturn aufzuföhningen. Er hat von Ihnen die wirkliche Mitarbeit an Staatswohl gefordert. Und er hat verlangt, daß Sie mit der Sozialdemokratie gemeinsam an eine allmähliche Sanierung unserer trostlosen Finanzen herangehen, daß Sie an eine Beseitigung des grauenvollen Steuerbetrugs infolge der Geldentwertung mitarbeiten sollten. Er hat Ihnen dann die Idee der wertbeständigen Steuern vorgetragen. Sie erkannten die moralische Berechtigung dieser Steuerreform an, und Sie durften zum Dank dafür den Wortlaut der ausschlaggebenden Bestimmung im Gewerbesteuerergänzungsgesetz selbst ausarbeiten. (Die Eitelkeit war seit je eine Haupteigenschaft der Stieblinge Cäsars.)

Sie haben sich in Ihrer Fraktion nicht durchsetzen können. Sie kamen mit leeren Händen in die Bürgerschaft; Sie fielen um. Gegen bessere Einsicht!

In dem Augenblick wußten wir es: auch Emers ist nicht der Mann, für den er sich hält; auch er wird die Führung der bürgerlichen Parteien zu „staatspolitischen Zielen“ nicht in die Hand bekommen. Unsere Achtung vor dem Politiker Emers hatte einen schweren Riß bekommen. Und die Folgezeit zeigte, daß dieser Riß unheilbar ist. Was du im ausschlaggebenden Augenblick versäumt, bringt dir keine Ewigkeit zurück. Die Gelegenheit war verpaßt, wie ein Konnet verpaßt Herrn Emers Ansehen und Einfluß in die frühere Diktatur.

Wir bedauern das, offen und ehrlich; denn gerade die Tatsache, daß keine einzige sich durchsetzende Führernatur in den bürgerlichen Mittelparteien ist, macht sie so unzuverlässig, macht sie so unfähig für jede Zusammenarbeit, macht sie im Rathaus so völlig bedeutungs- und einflußlos.

Die Folge dieses Zustandes für Lübeck war verheerend. Nur ein Beispiel dafür: die Gewerbesteuer in ihrer jetzigen Gestalt

bringt infolge der geradezu verbrecherischen Blindheit und Entschlußlosigkeit der bürgerlichen Parteien ganze 15 Milliarden. Dabei ist unsere Stadtkasse so leer, daß für die laufende Woche nicht einmal die Arbeiterlöhne und Beamtengehälter vorhanden sind.

War das vielleicht Ihr „staatspolitisches Ziel“? „Bürger, organisiert Euch!“ Wozu? Zu einem noch größeren Steuerbetrug? Nehmen Sie doch das Wort „Patriot“ und „Deutschland“ nicht in den Mund! Es steht all jenen nicht gut an, die an unserem heutigen Elend einen großen Teil der Schuld tragen. Es steht all jenen nicht gut an, die bei der Allernötigsten verweigern. Aus Steuerscheu oder moralischer Feigheit!

Wagen Sie in Abrede zu stellen, Herr Emers, daß Ihre Steuerpolitik für Lübeck wie auch anderswo geradezu katastrophale Folgen hat? Die sich jetzt auswirken? Und das nennen Sie „Verantwortungstreueigkeit und Dienst am Staate“?

Gibt es eine tiefere Stufe der Heuchelei oder des Selbstbetrugs?

Sie lehnen mit uns jede Gemeinschaft ab? Wo war denn bisher eine Gemeinschaft? Sie hielten patriotische und selbstgefällige Reden und wir bewilligten und — bezahlten Steuern Auf solche Arbeitsgemeinschaft verzichten wir.

Gründen Sie lieber eine Gemeinschaft mit Herrn Haase-Lampe. Das steht Ihnen besser. Denn in der Politik werden Sie sich nie zurecht finden. Mit Stresemann haben Sie nur ein gemein: die Parteifarbe. Sie sind ein ketziger und ständiger Beweis für die Menschenkenntnis und Staatsflugheit eines Julius Cäsar — sonst nichts. Vielleicht hat Shakespeare Sie schon vorausgesehen, — „geahnt“ — oder „gefühl“. Begriffe, die Ihnen und Ihrer neuen Gemeinschaft ja sehr geläufig sind. Aber Shakespeare war ein Dichter!

Gewiß, möge sich das Lübecker Bürgerturn auf sich selbst besinnen. Möge es endlich in seinen Reihen Führer suchen und finden. Die Sozialdemokratie ist eine Interessensvertretung des Proletariats, der Arbeiter, Beamten und Angestellten. Sie hat trotzdem in unserem kleinen Stadtstaat die Zusammenarbeit mit dem Bürgerturn — natürlich unter Berücksichtigung der wirtlichen Machtverhältnisse — noch nie abgelehnt. Aber wenn das Lübecker Bürgerturn sich vertreten läßt von Männern, die an festem Führerwillen, an politischer Einsicht und Verantwortungstracht höchstens mit den weltberühmten Lübecker Marzipanmännern konkurrieren können, so ist das nicht unsere Schuld. „Erwärmung“ allein tut es noch nicht. Selbst wenn man noch soviel eingestochtes „vaterstädtisches“ Patrioterblut in den Wern hat.

Wenn morgen irgend ein ehrwürdiger Inhaber des Billenbiertels von Strecknig — aus einem Kreis sonst still wirkender Männer — in der bürgerlichen Presse unter weitgehendem Auschluss der Öffentlichkeit mißbilligende Artikel losläßt, sind wir dann verpflichtet, darauf zu antworten? Das wird wohl niemand von uns verlangen. Nicht anders ist unsere Stellung zu den Händtchen-Artikeln. Habt Mitleid! Polemiken, die in ihrem Inhalt von Anfang bis Ende auf Latrinenparolen (man vergehe uns diesen Kriegsausdruck) aufgebaut sind, muß man dort wirken lassen, wo sie ihrer Natur nach hingehören.

Wir legen deshalb auch auf solcher Grundlage stehenden Behauptungen nicht den geringsten Wert bei. Und es ist uns auch völlig gleichgültig, daß Herr Haase-Lampe in seinem gestrigen Artikel die allerplumpsten Fälschungen anwendet, daß er ein Dr.-L.-Blat aus einem Artikel abbrückt, der gar nicht von Dr. L. geschrieben oder gezeichnet ist. Aber — wie gesagt — wir nehmen solche kleine Mäßen nicht übel. Sie runden nur das Bild ein wenig ab.

Dr. L.

Die „Jüdin von Toledo“ bildet mit „Libussa“ und dem Bräutigam in Habsburg die Dreifheit der Alterswerke, die der österreichische Dichter Franz Grillparzer, verbittert durch die schroffe und ungerechte Ablehnung seines reichenden Lustspiels „Weh dem der Jüdt“ (6. März 1838) dem Theater, solange er lebte, vorenthalten hat.

Alfons VIII. von Kastilien, nur von Männern erzogen, einer ungeliebten Frau angetraut, erblickt als eine Schutzflende die schöne Tochter des habgierigen und trierisch frechen Juden Naat, verliebt sich in sie und vergißt über seiner Leidenschaft die Pflichten des Gemahls und des Fürsten.

Einer Tragödie des Spaniers Lope de Vega hat Grillparzer die Fabel der Jüdin entnommen. Doch konnte er mit der katholisch-mittelalterlichen Weltanschauung so wenig anfangen, daß nur mehr der äußere Umriß als entlehnt erscheinen mag.

Trotz dieser Mängel ist die „Jüdin von Toledo“ Bühnenwirksam geblieben, wenngleich die Umrisse der ursprünglichen Hauptgestalt, der „Jüdin“ selbst, unklar und fast zweideutig geworden sind.

sein, da eine für sämtliche Parteifunktionen wichtige Tagesordnung zu erledigen ist. J. U. R. Neugebauer.

Kiel. Drohender Konflikt auf den Deutschen Werken. Das Wirtschaftsleben unserer Stadt befindet sich in einem Stadium dauernder Beunruhigungen. Fast 5000 Erwerbslose sind gemeldet, groß ist die Zahl der Kurzarbeiter und jeder Tag bringt in den Betrieben neue Entlassungen oder Arbeitsbeschränkungen.

Drückt die Fäuste nieder!

Kein Sozialdemokrat darf vor irgend einem Säbierer oder Kaufmann ins Weiche fallen. Wenn die Genossen überall und in jedem Fall zusammenstehen, einander becken und helfen, dann jehen sie sich auch durch.

dementsprechend behandelt werden. Die Kieler Werftarbeiter sind gewillt, für die Erhaltung des Achtstundentages alles einzusetzen.

Koited. Ein Kappist. In Güstrow fand am 5. d. M. eine geschlossene Landbundesversammlung statt, in welcher der Güstrower Wendhausen, der aus den Kapp-Tagen bekannte, sagte: Stieling und sonstige hervorragende Führer müßten aufgehängt werden.

Genossenschaften.

Ohne Betriebsmittel keine Warenversorgung. Die Beschlüsse auf Anleiherhöhung allein bringen der Genossenschaft noch keine neuen Betriebsmittel, mit denen die verteuerten Waren eingekauft und meist noch im voraus bezahlt werden müssen.

Nordische Gesellschaft. Durch Vermittlung der Brüder U. und Th. Siemsen wurden der Nordische Gesellschaft vor kurzem 50 dänische Kronen aus Island übergeben.

Borjacht beim Stellenjuchen in Holland. Wie bekannt geworden, geht neuerdings weibliches Hauspersonal, angelockt durch den günstigen Stand der ausländischen Valuta, in zunehmendem Maße dazu über, nach dem Auslande, insbesondere nach Holland, auszuwandern.

Wenn man ein faules Ei bekommt. Der Erwerb eines einzigen Eies erfordert heute nicht nur ein kleines Vermögen, sondern bedeutet auch ein Risiko, wenn nämlich das Ei noch faul ist.

Wauverein Selbsthilfe. Die erste Mitgliederversammlung am 11. September war zahlreich besucht. Genosse Weich gab den Bericht über die Gründungsversammlung.

Hinweise auf Versammlungen, Theater u. m.

Sozialdemokratischer Verein. Ortsgruppe Siemsa. Sonnabend, 15. September, abends 7 1/2 Uhr, bei Schwarz: Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Weich.

Angrenzende Gebiete.

Segeberg. Die Ortsvereine der B. S. D. des Kreises Segeberg werden hiermit auf die am Sonntag, 16. September, vormittags 9 Uhr, im Lokale des Genossen Käshing in Bad Oldesloe stattfindende Kreisversammlung aufmerksam gemacht.

Fische:

Table with columns: Auktions- oder Großhandelspreis am 12. 9. 23, für 1 Pfund in 1000 Mark, in Lübeck, Kiel, Hamburg. Rows include: Goldbutt (Schollen), Matfelen, Dorsch, Naal, Steinbutt, Graubutt, Gerlinge.

Amthlicher Teil

Bekanntmachung.

Der Senat hat den Verwaltungsobersekretär Hermann Schulte und den Probennehmer am Schlachthof Friedrich Fied auf ihr Ansuchen zum 30. Sept. d. J. in den Ruhestand versetzt.

Gebühren der Schornsteinfeger.

Die als Grundsteuer geltenden Sätze der Lohnordnung sind für die Zeit vom 1. bis 15. September mit 33 1/2 zu vervielfältigen.

Höchstpreis für Marktbrot.

1000 Gr. 3 400 000, 1500 Gr. 3 700 000, 2000 Gr. 3 700 000.

Visitenkarten

werden in modernster Ausarbeitung angefertigt bei Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Nichtamtlicher Teil

Eine Zeitungsaussträgerin

für den Mühlenortbezirk bei guter Entlohnung gesucht.

Lübecker Volksbote,

Johannisstraße 46.

Nach langem Leiden entließ am Mittwoch mein lieber Mann, meines Kindes guter Vater, mein lieber junger Sohn, unser lieber Schwager, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel Heinrich Oetke, aus seiner betrauert von Elise Oetke, geb. Paslow, Schultze 18.

Deutscher Verkehrsbund

Ortsverwaltung Lübeck. 6442

Einfassierer

gejudt. Meldung bis Freitag abend 7 Uhr im Bureau.

Neue Zubehörlie.

billig zu verkaufen. (6450) Schönefelden 30. I.

Ein Chaiselongue

gut erhalten, zu kaufen gesucht. Ang. unt. 6 267 an die Exp. d. Bl. (6446)

Schreibtafel

zu kaufen gesucht. Ang. unt. 6 266 an die Exp. d. Bl. (6429)

Geigen-Ankauf - Verkauf

Herbert Müller. Werkstatt für Geigenbau und Reparatur. Bercebalstraße 37. 6427

100 Millionen

zähle für wirklich erste Kästige Milchziege.

Prof. Roth verweist.

Halbholzentäger Dauerwädic Krawatten 6417 in großer Auswahl Seiden-Schals

Aug. Janensch, Sandstraße 6.

Freie Fleischer-Innung, Lübeck, Konsumverein f. Lübeck u. Umg.

6415) e. G. m. b. H.

Ankauf d. Gold- und Silber-Bruch, Gebisse, einz. Zähne. Willi Westfeling. 32) Goldschm. 32)